bnr.de
blick nach rechts

30. April 2009 | 26. Jahrgang | Ausgabe 09/2009

INHALT

RECHTE SZENE 2

Auf neuen Wegen 2

Die DVU-Führung wirbt um die „politikfähigen" Kräfte in der NPD – Neonazi Christian Worch nimmt an DVU-Kundgebung teil.

Der zweite Anlauf 3

Die rechtspopulistische „pro"-Bewegung wiederholt ihren „Anti-Islamisierungs-Kongress" – teilnehmen sollen Vertreter der „seriösen und demokratischen Rechten aus ganz Europa".

Gefangenenbetreuung 4

Die braune Knasthilfe-Organisation HNG ist seit 30 Jahren aktiv. Sie verkörpert damit eine für die Neonazi-Szene untypische organisatorische Beständigkeit.

Auf Bewährung 5

NPD-Spitzenfunktionäre müssen Geldstrafe an UNICEF zahlen.

Unbelehrbarer Antisemit 5

Holocaust-Leugner erneut verurteilt.

AUSLAND 6

Das politische Erbe 6

Die niederländische Partei für die Freiheit hat die Nachfolge der rechtspopulistischen „Liste Pim Fortuyn" angetreten – sie steht für den Kampf gegen eine angebliche Islamisierung Europas.

Rassistische Fanatiker 7

Die in Italien mitregierende Lega Nord hetzt gegen Einwanderer und den Islam – die Postfaschisten versuchen sich dagegen als moderat zu profilieren.

BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE 9

Mutige Helfer 9

Schweizer Bürger, die den vor den Nazis geflüchteten Juden Schutz gewährten, wurden mit Gefängnis bestraft.

DEMOKRATISCHE INITIATIVEN 10

Integrierte Strategien 10

Die Friedrich-Ebert-Stiftung diskutiert über Möglichkeiten, die Aktivitäten gegen Rechtsextremismus besser miteinander zu verzahnen.

MELDUNGEN 11

Auf neuen Wegen

Die DVU-Führung wirbt um die „politikfähigen" Kräfte in der NPD – Neonazi Christian Worch nimmt an DVU-Kundgebung teil.

Mehr als 1600 Wörter zählt die „Standortbestimmung" mit dem Titel „Der deutsche Weg", die der NPD-Bundesvorstand am letzten April-Wochenende beschlossen hat. Die Buchstabenkombination DVU sucht man in dem umfänglichen Text vergeblich. Tatsächlich driften der Mehrheitsflügel der NPD rund um Parteichef Udo Voigt und die sich um eine Runderneuerung bemühende DVU derzeit auseinander. Hier die NPD-Mehrheit mit ihrem „Weiter so", deren Vorstand davor warnt, „gerade jetzt den radikalen Weg einer nationalen und sozialen Erneuerung zu verlassen". Aufweichungen dieses Kurses müssten „als gefährlich, wenn nicht gar als gegen unsere nationale Sache gerichtet interpretiert werden". Dort eine nach Jahren des Frey-Phlegmas sich um mehr Dynamik bemühende DVU, deren Vorsitzender Matthias Faust dafür plädiert, „dass man neue Wege geht". In bürgerlichen Kreisen will er Stimmen fischen, da „die CDU in den letzten Wochen und Monaten ihre Flanke auf der rechten Seite sperrangelweit aufgemacht" habe.

Auf ihrer neuen Homepage nennt sich die Volksunion bereits volltönend „DVU – Die neue Rechte". Ihre Architekten sind neben Faust Pressesprecher Andreas Molau und Neu-Mitglied Patrik Brinkmann, der Gründer der „Stiftung Kontinent Europa". Beide sind für die NPD-Mehrheit alles andere als eine Garantie für eine gedeihliche Zusammenarbeit. Und das nicht nur, weil Molau Voigt stürzen wollte und Brinkmann nachgesagt wurde, er habe mit millionenschweren Finanzspritzen einer neuen NPD-Spitze den Weg ebnen wollen. Aus der Sicht der NPD-Führungsriege kommen zu den Verfehlungen der Vergangenheit auch aktuelle Querschüsse hinzu. Die NPD werde nach den Ergebnissen ihres Berliner Parteitags „so keine Zukunft haben", befand Brinkmann beispielsweise unlängst. Politisch seien „jetzt Kräfte in der Verantwortung, ich denke da zum Beispiel an einen gewissen Herrn Wulff, die politisch eine totale Katastrophe sind". Brinkmanns Fazit: „Man hat den Eindruck, man will die Wähler mit Macht verschrecken." Molau, der nach wie vor die Parteibücher sowohl von NPD wie DVU in der Tasche hat, warb derweil offensiv dafür, dass es ihm viele NPDler gleichtun: „Ich hoffe, dass möglichst viele Nationaldemokraten eine Doppelmitgliedschaft beantragen werden, um den politischen Druck in der NPD zu erhöhen."

Seinem Werben um Nachahmer dürfte aber nur begrenzter Erfolg beschieden sein. Molau selbst musste einen Rückzieher machen. Weil die NPD-Satzung Doppelmitgliedschaften für Funktionsträger ausschließt, musste er den Vorsitz des NPD-Unterbezirks Braunschweig und den stellvertretenden Landesvorsitz in Niedersachsen abgeben. Ein Warnzeichen für Parteimitglieder, die geneigt sein könnten, Molau auf seinem Weg zu folgen: Welcher NPD-Funktionär räumt schon in der augenblicklichen Situation seine Posten im Tausch gegen die Mitgliedschaft in der DVU, die die Praxistauglichkeit ihres Neuanfangs noch nicht unter Beweis gestellt hat.

Beispiel Niedersachsen: Landesvorsitzender ist dort seit Anfang März der Faust-Freund Hans-Gerd Wiechmann, der in der Vergangenheit bereits erfolglos sein Glück bei den Republikanern und der NPD gesucht hatte. Sein erster Versuch als Landeschef, die DVU aus den Hinterzimmern heraus und mit öffentlichen Kundgebungen auf die Straße zu bringen, ging Ende April gründlich schief. Gerade einmal knapp 30 Leute nahmen an einer DVU-Kundgebung in Wilhelmshaven teil. Und das Bild wäre noch dürftiger ausgefallen, hätten nicht eine Gruppe „parteifreier" Neonazis aus der Region und der Hamburger Neonazi Christian Worch die Kulisse aufgefüllt.

Über Erfolg oder Misserfolg der „neuen" DVU werden freilich nicht solche lokale Ereignisse entscheiden, sondern die Ergebnisse bei der Europawahl und der Landtagswahl in Brandenburg. In den Europawahlkampf will die DVU mit einer gemeinsam mit der Saar-NPD geplanten Veranstaltung am 1. Mai in Völklingen starten. Redner sind neben der DVU-Führungsriege mit Frank Franz und Peter Marx zwei Voigt-Gegner aus der NPD. Sie treten an diesem Tag zwar als NPD-Landeschef beziehungsweise Kommunalwahlkandidat auf. Doch es ist kein Zufall, dass es gerade zu dieser personellen Konstellation kommt, dürften doch Marx und Franz zu jenen NPDlern zählen, die aus Sicht der DVU das Prädikat „politikfähig" verdienen.

Tomas Sager

Der zweite Anlauf

Die rechtspopulistische „pro"-Bewegung wiederholt ihren „Anti-Islamisierungs-Kongress" – teilnehmen sollen Vertreter der „seriösen und demokratischen Rechten aus ganz Europa".

Köln hatte seinen ungebetenen und unerwünschten Besuchern eine Abfuhr erteilt: Gastwirte wiesen ihnen die Tür, Hoteliers verweigerten ihnen Bett und Tagungsraum, Taxi- und Busfahrer empfahlen ihnen den Fußmarsch. Und als die Rechtspopulisten an jenem Samstag im vorigen September den Heumarkt in Beschlag nehmen wollten, um vor einem riesigen „Stopp Islam"-Transparent die Hauptkundgebung ihres „Anti-Islamisierungskongresses" abhalten zu können, da war kein Durchkommen, weil einige Tausend Bürger die Straßen und Gassen rund um den Platz blockierten.

Schon damals hatten die „pro Köln"-Oberen Markus Beisicht und Manfred Rouhs angekündigt, einen zweiten Anlauf unternehmen zu wollen. Am zweiten Mai-Wochenende soll es soweit sein. Geplant ist als „bisher größte europäische rechtsdemokratische Manifestation gegen Islamisierung, Parallelgesellschaften, Großmoscheeprojekte und Überfremdung" ein dreitägiges Veranstaltungsprogramm. Zum Rahmenprogramm gehören vier Kundgebungen im Kölner Umland: am 8. Mai vormittags in Leichlingen (Rheinisch-Bergischer Kreis), mittags in Leverkusen und nachmittags in Dormagen (Rhein-Kreis Neuss) sowie am 10. Mai in Bergheim (Rhein-Erft-Kreis). Wichtigster Programmpunkt ist aber die für den 9. Mai in Köln geplante Hauptkundgebung mit, so Beisicht großspurig, „mehreren Tausend Teilnehmern". Um diese Veranstaltung hat sich ein juristisches Tauziehen entwickelt, das noch nicht entschieden ist. Die Organisatoren hatten ihre Bühne auf dem Roncalli-Platz direkt neben dem Dom aufbauen wollen. Statt dessen will die Polizei die Rechtspopulisten aus Sicherheitsgründen auf die andere Rheinseite in den Stadtteil Deutz schicken. Eine Klage gegen diese Auflage hat das Verwaltungsgericht in erster Instanz abgewiesen. Der „pro NRW"-Vorsitzende Beisicht kündigte daraufhin eine Demonstration quer durch die Kölner Innenstadt mit „über 2000 Teilnehmern" an, die wiederum am 28. April verboten wurde.

Zurückhaltender als im vorigen September zeigt sich „pro Köln" bei der Präsentation mehr oder weniger prominenter Teilnehmer an dem „Kongress". Seinerzeit waren zunächst unter anderem der FPÖ-Vorsitzende Heinz-Christian Strache und der Chef des französischen Front National (FN), Jean Marie Le Pen, als Redner angekündigt worden. Doch der eine zog es vor, daheim in Österreich Wahlkampf zu machen, und der andere ließ wissen, er habe einen Köln-Besuch nie zugesagt.

Dieses Mal werden als Vertreter der FPÖ deren Generalsekretär Harald Vilimsky und der Europaabgeordnete Andreas Mölzer genannt. Aus Frankreich werden keine Vertreter des FN, aber von einigen seiner Abspaltungen erwartet: der Europaabgeordnete Carl Lang („Parti de la France"), Robert Spieler („Nouvelle Droite Populaire") und Annick Martin („Mouvement national républicain") mit „mehreren hundert Teilnehmern" im Gefolge. Aus Belgien sollen Filip Dewinter, der Fraktionschef des Vlaams Belang, und die flämische Abgeordnete Hilde Delobel mit von der Partie sein. Angekündigt wurden außerdem Josep Anglada i Rius von der ausländerfeindlichen katalanischen „Plataforma per Catalunya", die Vorsitzende der tschechischen Splitterpartei „Narodni Strana", Petra Edelmannová, und aus Italien der Lega Nord-Europaparlamentarier Mario Borghezio. Für Beisicht sind sie alle Vertreter der „seriösen und demokratischen Rechten aus ganz Europa". Dass beispielsweise Edelmannovás Partei gelegentlich eine „Endlösung der Zigeunerfrage" propagiert oder Borghezio wegen Brandstiftung verurteilt ist, scheint ihn wenig zu stören.

Inzwischen beteuert „pro Köln" immer wieder, wie sehr man sich im Vorfeld des „Kongresses" um eine Zusammenarbeit mit der Kölner Polizei bemühe. Nicht ohne Grund: Landesinnenminister Ingo Wolf (FDP) hatte noch Ende März geklagt, „pro Köln" verweigere diese Kooperation. „Damit scheint ‚pro Köln' es darauf anzulegen, die schwierige Sicherheitslage eskalieren zu lassen, um eine Märtyrer-Rolle zu spielen", hatte Wolf vermutet. Märtyrer oder nicht: Auch um geistliche Unterstützung haben sich die Organisatoren bemüht. Eine evangelische Pastorin werde in vier Sprachen den kirchlichen Segen für die Hauptkundgebung spenden, teilten sie mit. Doch darauf werden sie wohl verzichten müssen. Die Evangelische Kirche im Rheinland dementierte diese Meldung umgehend.

Tomas Sager

Gefangenenbetreuung

Die braune Knasthilfe-Organisation HNG ist seit 30 Jahren aktiv. Sie verkörpert damit eine für die Neonazi-Szene untypische organisatorische Beständigkeit.

Am 15. Mai kann die neonazistische „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) ihr 30-jähriges Bestehen feiern. Gründungsmitglieder der 1979 in Frankfurt/Main ins Leben gerufenen und ins Vereinsregister eingetragenen HNG waren Wolfgang Koch (Pförtner), Christian Kümmel (Bankangestellter), Arndt-Heinz Marx (Arbeiter), Stephan Bareise (Angestellte), Waldemar Bareise (Arbeiter) und Henry Beier (Kraftfahrer). Den Vorsitz übernahm Beier.

Beier war ehemaliger Leiter der seit 1980 inaktiven neonazistischen „Kampfgruppe Großdeutschland“. Im Mai 1980 wurde Beier von der Großen Strafkammer des Frankfurter Landgerichts unter anderem wegen Volksverhetzung zu einer 18-monatigen Haftstrafe verurteilt. Der Neonazi hatte im Keller seines Hauses die Untergrundpostille „Das braune Bataillon“ gedruckt, dessen Titelblätter das Hakenkreuz und Abbildungen von NS-Größen zeigten. In der Publikation waren antisemitische Parolen verkündet und zum Aufbau der NSDAP aufgerufen worden. Beier wurde im Februar 1984 als HNG-Vorsitzender abgewählt. Zu seiner Nachfolgerin wurde die ehemalige Aktivistin der von Michael Kühnen im Januar 1983 gegründeten „Aktionsfront Nationale Sozialisten/Nationale Aktivisten“ ANS/NA und politische Vertraute Kühnens, Christa Goerth, bestimmt. Das Amt des „Schriftleiters“ der „Nachrichten der HNG“ übernahm Christian Worch. Nach dem Tod Kühnens und dem Austritt Worchs aus der HNG legte Goerth Ende März 1991 ihr Amt nieder.

Anfang September 1991 wurde dann die heute noch als HNG-Vorsitzende fungierende Ursula Müller aus Mainz-Gonsenheim erstmals an die Spitze der Neonazi-Organisation gewählt. Müller, die auch bei der Gründung der HNG maßgeblich mitwirkte, ist Eigenangaben zufolge seit 1964 in rechtsextremen Zusammenhängen aktiv. Politisch engagierte sie sich demnach erstmals bei der „Aktion Oder-Neiße“ (AKON), einem Vorläufer der „Aktion Widerstand“. Zeitweilig führte die einschlägig verurteilte Müller die „Deutsche Frauenfront“ (DDF), die Frauenabteilung des „Komitess zur Vorbereitung des 100. Geburtstages Adolf Hitlers“ (KAH). Dem HNG-Vorstand gehörten 1991 neben Müller (Jg. 1933) und ihrem Ehemann Curt (Jg. 1930), ehemaliger NPD-Bundestagskandidat, auch die Neonazis Christian Malcoci, Markus Privenau, Friedhelm Illian, Christian Sennlaub, Waldemar Niklas und Wolfram Mook an.

Wiedereingliederung der aus der Haft entlassenen Kameraden

Ursula Müller wurde bei der NPD-Großveranstaltung am „2. Tag des nationalen Widerstandes“ der NPD am 27. Mai 2000 in Passau mit dem „Nationalen Solidaritätspreis“ für ihre 20-jährige HNG-Arbeit ausgezeichnet. In ihrer Dankesrede, die auszugsweise in den HNG-Nachrichten abgedruckt war, erklärte Müller, dass es wichtigtes Ziel sei, die Inhaftierten zu unterstützen, „um die Folgen jenen Unrechts zu lindern, das mittels Besatzerrecht aus Angehörigen unseres Volkes Politkriminelle macht“.

Die heute etwa 600 Mitglieder starke HNG verkörpert eine organisatorische Beständigkeit, die nicht nur vor dem Hintergrund der zahlreichen Vereinigungsverbote in den 90-er Jahren für die Neonazi-Szene untypisch ist. Entgegen ihrer Satzung verfolgt die langlebigste und mitgliederstärkste Neonazi-Organisation, die sich weitgehend durch Mitgliedsbeiträge finanziert, nicht nur „karitative“ Zwecke. Die HNG-Gefangenenhilfe zielt auf die nahtlose Wiedereingliederung aus der Haft entlassener Kameraden in die Neonazi-Szene ab. Als Publikationsorgan gibt die HNG, die organisationspolitisch neutral und strömungsübergreifend agiert, die monatlich erscheinenden „Nachrichten der HNG“ heraus. Dort werden zum Zwecke der Kontaktvermittlung die Namen und Anschriften inhaftierter Gleichgesinnter aus dem In- und Ausland veröffentlicht. Die politische Enthaltsamkeit der braunen Knasthilfe-Organisation in der Öffentlichkeit resultiert maßgeblich aus der Furcht vor exekutiven Maßnahmen. Bis auf eine jährliche Mitgliederversammlung, bei der auch schon mal das einstige SS-Weihelied „Wenn alle untreu werden“ geschmettert wird, werden von der HNG keine Veranstaltungen durchgeführt.

Anton Maegerle

Auf Bewährung

NPD-Spitzenfunktionäre müssen Geldstrafe an UNICEF zahlen.

Am vierten Prozesstag wurden am 24. April der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt und zwei weitere NPD-Funktionäre zu Haftstrafen auf Bewährung verurteilt. Die Richterin des Amtsgericht Berlin-Tiergarten sah es als erwiesen an, dass die drei Angeklagten sich der Volksverhetzung und Beleidigung schuldig gemacht hatte. Neben Voigt saßen auch der NPD-Pressesprecher Klaus Beier und der Leiter der Rechtsabteilung, Frank Schwerdt, auf der Anklagebank. Beier und Voigt wurden zu Bewährungsstrafen von je sieben Monaten verurteilt. Der einschlägig vorbestrafte Schwerdt erhielt eine Bewährungsstrafe von zehn Monaten. Die Bewährungszeit wurde auf drei Jahre festgelegt. Die NPD-Funktionäre müssen außerdem jeweils 2000 Euro an das Kinderhilfswerk UNICEF bezahlen.

Die NPD-Führungsriege stand aufgrund des WM-Planers vor Gericht, der anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 von der NPD herausgegeben worden war. Auf dem Titel des rassistischen Planers war ein Spielertrikot mit Nummer 25 und dem Schriftzug „Weiß. Nicht nur eine Trikot-Farbe! Für eine echte NATIONAL-Mannschaft!“ abgebildet. Diese Rückennummer trug seinerzeit der deutsche Nationalspieler Patrick Owomoyela, dessen Vater aus Nigeria stammt. Owomoyela hatte anschließend, zusammen mit dem Deutschen Fußball-Bund, Anzeige gegen die NPD erstattet. Es folgte eine Razzia in der NPD-Zentrale, wobei rund 70 000 WM-Planer beschlagnahmt worden sein sollen.

Der Prozess fand unter massiven Sicherheitsvorkehrungen statt. Zahlreiche zivile und uniformierte Polizei- und Justizbeamte waren vor und im Gerichtssaal im Einsatz. Am Eingang wurden alle Besucher akribisch durchsucht, anschließend wurden die Personalausweise eingesammelt und kopiert. Die Zahl der rechtsextremen Prozessbeobachter war gering, unter ihnen auch der NPD-Bezirksverordnete Jan Sturm aus Berlin-Neukölln. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Die Angeklagten kündigten an, Rechtsmittel einzulegen.

Björn Kietzmann

Unbelehrbarer Antisemit

Holocaust-Leugner erneut verurteilt.

Am 16. April wurde Fredrick (Friedrich) Töben in seiner Wahlheimat Australien wegen Gerichtsmissachtung verurteilt. Der 1944 im norddeutschen Jaderberg geborene Holocaust-Leugner hatte gegen die seit 2002 verhängte Auflage verstoßen, keine antisemitische Propaganda auf seiner Homepage mehr zu veröffentlichen.

Töben ist Gründer und „Direktor“ des 1996 ins Leben gerufenen geschichtsrevisionistischen Adelaide Institute, eines internationalen Zentrums für Holocaust-Leugnung. Im August 1998 organisierte er die erste Revisionisten-Konferenz in Australien. Im Frühjahr 2006 stellte Töben an mehreren Universitäten im Iran geschichtsrevisionistische Literatur, unter anderem des deutschen Holocaust-Leugners Germar Rudolf, vor. Im Dezember 2006 war Töben einer der Redner der Anti-Holocaust-Konferenz in Teheran. Aufgrund eines von der Mannheimer Staatsanwaltschaft ausgestellten internationalen Haftbefehls wurde Töben am 1. Oktober 2008 am Flughafen Heathrow in London festgenommen. Ihm wurde zur Last gelegt, über das Internet antisemitisches und holocaustleugnendes Gedankengut verbreitet zu haben. Da Holocaust-Leugnung in Großbritannien nicht strafbar ist, wurde Töben am 29. Oktober gegen Kaution und die Auflage, sich regelmäßig bei der Polizei zu melden, freigelassen. Am 19. November urteilte der britische High Court letztinstanzlich, dass dem Auslieferungsersuchen der Mannheimer Justiz nicht stattzugeben sei.

Töben war 1999 in Mannheim unter anderem wegen Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe von zehn Monaten verurteilt worden; zuvor saß er acht Monate in Untersuchungshaft ein. Der Bundesgerichtshof hob das Urteil gegen Töben auf, der dann nach Australien entschwand. Verteidigt wurde Töben von Ludwig Bock, einem ehemaligen NPD-Bundestagskandidaten. Zur Festnahme Töbens war es gekommen, als er seinerzeit mit dem Mannheimer Staatsanwalt Hans-Heiko Klein in dessen Arbeitszimmer über Auschwitz debattieren wollte. Der ließ den fanatischen Antisemiten kurzerhand festnehmen.

Anton Maegerle

Das politische Erbe

Die niederländische Partei für die Freiheit hat die Nachfolge der rechtspopulistischen „Liste Pim Fortuyn" angetreten – sie steht für den Kampf gegen eine angebliche Islamisierung Europas.

Gewählt wird ein Parlament für Europa, antreten will die laut Umfragen stärkste Partei im Polderland aber nur für ihre Heimat: „Für die Niederlande" lautet der Slogan der „Partei für die Freiheit" (PVV) für die Europawahl. Frontmann der PVV ist der 45-jährige Geert Wilders, der in Deutschland wie in anderen Ländern vor allem mit seinem antiislamischen Film „Fitna" bekannt geworden ist und gegen den Großbritannien jüngst als erstes europäisches Land ein Einreiseverbot verhängte. Zwei Jahre nach der Ermordung des Rechtspopulisten Pim Fortuyn entschloss sich Geert Wilders, das politische Erbe des schillernden Gründers der „Liste Pim Fortuyn" anzutreten. Er verließ die rechtsliberale VVD – unter anderem weil sie sich für einen EU-Beitritt der Türkei ausgesprochen hatte – und gründete 2006 die PVV. Der Zuspruch, der ihr drei Jahre nach der Gründung in den Niederlanden zuteil wird, ist enorm: Laut Umfragen des Umfrageinstituts Maurice de Hond würde sie bei Parlamentswahlen zurzeit die stärkste Fraktion stellen.

Politisch steht Wilders, der auch innerhalb der Niederlande der einzige bekannte PVVler ist, vor allem für zweierlei: für Populismus und den ständigem Kampf gegen eine angeblich drohende Islamisierung Europas. Diese Islamisierung, erklärte Wilders jüngst auch in Deutschland – der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" – sei ein „Krieg, der mit den Waffen Demographie und Masseneinwanderung" geführt und gestoppt werden müsse. Kriminelle Muslime gehörten ausgewiesen. Wenn sie die niederländische Nationalität hätten, solle diese aberkannt werden, sofern sie auch im Besitz eines Passes ihres Herkunftslandes sind. Außerdem, so Wilders weiter, „darf es nicht mehr islamische Symbole geben, nicht noch mehr Moscheen. Da der Islam keine Religion, sondern eine Ideologie ist, widerspricht das auch nicht der Religionsfreiheit. Wir müssen auch islamische Schulen schließen. Schon kleine Kinder werden dort mit einer Hass-Ideologie vollgestopft."

Auch in dem Film „Fitna", für den er jüngst eine Fortsetzung ankündigte, stellt Wilders islamistischen Terror in direkten Zusammenhang mit dem Koran. Die niederländische Staatsanwaltschaft ermittelt gegen ihn wegen Anstiftung zum Hass.

„Rechtsextremistische Kennzeichen der Programmatik"

Im Interview mit der FAZ kündigte Wilders zudem Schwerpunkte für seine Arbeit im Europäischen Parlament an: Er sprach sich für ein Ende der Mitgliedschaft Rumäniens und Bulgariens sowie für eine Rückkehr der Europäischen Union zur reinen Wirtschaftsunion aus. Sämtliche Kompetenzen „jenseits der Wirtschafts- und Währungspolitik" müssten „an die Nationalstaaten repatriiert werden." Eine Zusammenarbeit mit „Parteien wie dem Front National, der rumänischen Tudor-Partei oder mit Alessandra Mussolinis Leuten" schloss er aus: „Die sind 100 Kilometer weit weg von uns." Nicht ausschließen wollte er Kooperationen mit der belgischen Vlaams Belang oder der österreichischen FPÖ: „Dazu sage ich jetzt nichts, um meine Verhandlungsposition nicht zu schwächen."

In der Öffentlichkeit gilt die PVV gemein als populistisch und nicht als rechtsextrem. Der in jedem Jahr veröffentlichte „Extremismus-Monitor" der Universität Leiden und der Anne-Frank-Stiftung 2008 sieht das allerdings etwas differenzierter. Wilders Distanzierung könne über „rechtsextremistische Kennzeichen" seiner Programmatik nicht hinwegtäuschen. Dazu gehöre das Stellen ethnischer Homogenität über Staatsgrenzen (Wilders postuliert, auf die niederländischen Antillen gerne zu Gunsten von Flandern verzichten zu wollen) ebenso wie seine anti-islamische Propaganda.

Jenseits der PVV ist die einzige verbliebene rechtsextreme Partei von gewisser Relevanz die „Nederlandse Volks-Unie" (NVU). Unter ihrem Vorsitzenden Constant Kusters – der regelmäßig auch in Deutschland bei NPD-dominierten Aufmärschen und Demonstrationen auftaucht – ist die NVU ein Sammelbecken von Neonazi-Aktivisten. Auf der politischen Ebene tritt sie vor allem bei Regionalwahlen an, ist mit weniger als einem Prozent Unterstützung in den Räten allerdings nahezu bedeutungslos. Bei der Europawahl kandidiert die NVU nicht.

Jeannette Goddar

Rassistische Fanatiker

Die in Italien mitregierende Lega Nord hetzt gegen Einwanderer und den Islam – die Postfaschisten versuchen sich dagegen als moderat zu profilieren.

Bei der Europaparlamentswahl werden erneut Rechtsextreme und Rechtspopulisten aus verschiedenen Ländern Europas in das Straßburger Parlament Einzug halten. Ein Land, aus dem ein relativ starkes Kontingent kommen wird, und in dem Rechtsextreme unmittelbaren Einfluss auf die Regierungspolitik ausüben können, ist Italien.

Dort regiert Silvio Berlusconi von April 2008 an zum dritten Mal (mit Unterbrechungen) seit 1994. Und zum dritten Mal steht er dabei einer Regierungskoalition vor, die – neben seiner konservativ-liberalen, eher „ideologiefreien" und wie ein Fanclub aufgebauten Partei Forza Italia – auch zwei Parteien mit extrem rechtem Hintergrund umfasst(e). Da war, bis vor kurzem, zum einen die Alleanza Nazionale (AN), die 1995 aus der früheren „Italienischen Sozialbewegung" – dem neofaschistischen MSI, Movimiento Sociale Italiano – hervorging. Zum anderen besteht noch immer die norditalienische, früher offen separatistische und heute eher föderalistisch auftretende, Lega Nord. Sie entstand 1989/90 aus mehreren Regionalparteien wie der Lega Lombarda, die gleichzeitig einen „radikalen Einwanderungsstopp" forderten, eine rassistische Anti-Ausländer-Hetze betrieben – und dagegen eintraten, „dem Moloch des italienischen Zentralstaats oder den faulen Süditalienern" weiterhin „Geld in den Rachen zu werfen".

Inzwischen hat sich die Konstellation auf der italienischen Rechten modifiziert. Alleanza Nazionale und Forza Italia fusionierten am letzten März-Wochenende 2009 zu einer neuen rechten Einheitspartei unter dem Namen Popolo della Liberta (PdL, „Volk der Freiheit"). Die neue Partei wird stark durch die Person des 72-jährigen Berlusconi dominiert. Aber die Frage von dessen politischer Nachfolge wird sich in Zukunft unweigerlich stellen. Dem heute 57-jährigen bisherigen AN-Chef, Gianfranco Fini – in den frühen 90er Jahren Chef der neofaschistischen Jugend und damals noch bekennender Fan des „Duce", wovon er inzwischen abgeschworen hat – werden Ambitionen nachgesagt, bei dieser Gelegenheit das politische Erbe Berlusconis anzutreten.

Ob diese Rechnung aufgeht, und ob die bisherigen AN-Kader das Aufgehen ihrer „Bewegung" in der neuen Einheitspartei hinnahmen, weil sie sich insgeheim erhoffen, den Laden zu übernehmen oder ihm zumindest einen starken Stempel aufdrücken zu können, bleibt umstritten. Manche Beobachter sehen darin eine geschickte Taktik, andere sehen hingegen die AN durch die Berlusconi-Partei „aufgesogen" und „absorbiert". Fest steht, dass die neue Partei es vermocht hat, rechts von der bisherigen AN-Parteilinie stehende „Kameraden" zurückzugewinnen, die die 1995 verkündete „postfaschistische Wende" – durch Abkehr vom offenen Bezug auf das Mussolini-Regime – ablehnten. Die Parteizeitung „Il Secolo d'Italia" berichtete, dass solche alten Kameraden in den Kreis der nunmehr vereinigten Rechten zurückkehrten. Der Kurswechsel zur AN hatte seinerzeit eine Reihe von rechtsextremen Splittergruppen am Wegesrand zurückgelassen. Zu ihnen zählten der MSI-Fiamma Tricolore, der zu Anfang des Jahrzehnts eng mit dem französischen Front National kooperierte, und die Forza Nuova. Letztere hielt am 5. April in Mailand eine Veranstaltung mit europaweiter Beteiligung von Neonazis ab.

Jagd auf „illegale Ausländer"

Der aus der AN kommende, als ideologischer Hardliner geltende Bürgermeister von Rom, Gianni Alemanno, der Ende April 2008 ins Amt gewählt wurde und nach wie vor das Keltenkreuz – ein jungfaschistisches Symbol – um den Hals trägt, animiert unterdessen eine eigene Strömung unter dem Titel Destra Sociale (Soziale Rechte). Letztere versucht, der neuen Gesamtpartei „Orientierungen" und „Werte" zu formulieren und dabei ideologische Pflöcke einzuschlagen. Zu ihnen zählen „Ordnung", „Autorität" und „Identität".

Die Lega Nord profiliert sich unterdessen als Lobby für eine radikale Verschärfung der Einwanderungsgesetze. Teilweise ist sie dabei erfolgreich. So geht ein am 5. Februar dieses Jahres im italienischen Senat (parlamentarischen Oberhaus) angenommener, aber noch nicht definitiv verabschiedeter Gesetzentwurf auf die Nordpartei zurück. Er sieht vor, dass Ärzte und medizinisches Personal, wenn sie einen „illegalen Einwanderer" vor sich

haben, in diesem Falle die von ihnen behandelte Person bei der Polizei anzeigen dürfen. Auch die am 19. Februar gesetzlich legalisierten „Bürgerrunden", die in Wirklichkeit eine Art unbewaffneter Milizen oder Bürgerwehren auf der Jagd nach „illegalen Ausländern" sowie Prostituierten bezeichnen, gehen überwiegend auf die Lega zurück. Allerdings hat sich Berlusconi kürzlich von den beiden Lega-Vorstößen öffentlich verbal distanziert. Grund war nicht zuletzt ein Offener Brief von 101 Parlamentariern, die den Verrat am Hippokrates-Eid als skandalös bezeichneten. Initiatorin des Briefes ist ausgerechnet Alessandra Mussolini, die „Duce-Enkelin", die 1993 in die Politik einstieg – damals beim MSI – und später zu den rechten „Abweichlern" infolge der „postfaschistischen Wende" zählte. Mutmaßlich versucht ein Teil der Ex-Neofaschisten, sich auf diesem Wege gegenüber den wahrhaftigen rassistischen Fanatikern der Lega als „moderate Kraft" profilieren zu können – um dadurch besseren Einfluss auf die derzeitige Umgruppierung der Rechten nehmen zu können.

Mit Schweineurin gegen Moscheebauten

Gleichzeitig ist der gegen Einwanderer gerichtete Rassismus in der Tat ein wesentlich stärkeres Anliegen für die Nördler von der „Liga" als für die Alt-, Neo- oder Postfaschisten: Diese haben einen stärkeren Teil ihrer sozialen Basis in Zentral- und Süditalien, die historisch lange Zeit eher Auswanderungs- denn Einwanderungsregion waren, im Gegensatz zum früher und stärker industrialisierten Norditalien. Zwar hat sich diese Situation inzwischen verändert, ganz Italien ist heute zum Einwanderungs- und Durchwanderungsland geworden, und auch in der Region um Rom ist seit 2008 eine Explosion der rassistischen Gewalt zu verzeichnen. Aber ideologisch prägt der Anti-Migranten-Rassismus die norditalienischen Regionalisten noch immer weitaus stärker.

Unter den Lega Nord-Anhängern befinden sich in dieser Frage regelrechte Fanatiker, die insbesondere alles hassen, was ihrer Auffassung zufolge nach „Islam" riecht. Um Moslems zu vertreiben, führen fanatisierte Liga-Aktivisten mitunter Schweine an der Leine spazieren, um sie etwa an den Baustellen von Moscheen auf die Erde urinieren zu lassen, damit der Ort „entweiht" wird. Einer ihrer Spitzenpolitiker, Roberto Calderoli, hatte persönlich eine solche Aktion gegen einen Moscheebau in Bologna angekündigt. Der Lega-Europaparlamentarier und Senator Mario Borghezio – der zum „Anti-Islamisierungs-Kongress" der „pro"-Bewegung im vergangenen September in Köln angereist war – wurde in der Vergangenheit bereits mehrfach aufgrund rassistisch motivierter Straftaten verurteilt.

Bei den anstehenden Europaparlamentswahlen werden der neuen Einheitspartei der italienischen Rechten Popolo della Liberta je nach Umfrage zwischen 39 und im Höchstfall 43 Prozent (die letztere Zahl ist umstritten), und der separat auftretenden Lega Nord 9 Prozent prognostiziert. Insgesamt dürfte die italienische Rechte sich damit, selbst ohne die christdemokratische UDC, in der Nähe der absoluten Mehrheit befinden.

Gemeinsamkeiten mit der FPÖ

Zur Europaparlamentswahl könnte die Lega Nord insbesondere sehr eng mit der österreichischen FPÖ zusammenarbeiten. Dies wünscht sich jedenfalls der derzeit alleinige Abgeordnete der FPÖ im Europaparlament, Andreas Mölzer, wie er am 9. April ankündigte. Zur Begründung für eine verstärkte Kooperation nannte Mölzer Gemeinsamkeiten zwischen beiden Parteien insbesondere bei der „Volksgruppenpolitik" – wobei „Volksgruppenrechte" bei der Lega Nord vor allem jene der Bewohner einer relativ reichen Region bezeichnen, unter Abgrenzung sowohl von ärmeren Regionen als auch von „Ausländern" – sowie bei den Themen „Islam" und „Zuwanderung". Andeas Mölzer strebt aber auch eine Zusammenarbeit mit italienischen „Postfaschisten", vor allem ihrem Flügel unter Alessandra Mussolini, an.

Unterdessen kündigten die deutschsprachigen „Südtiroler Freiheitlichen" im November 2008 ihre Zusammenarbeit mit der FPÖ auf; sie werfen den italienischen extremen Rechten Bestrebungen zur „Entgermanisierung" der Region Südtirol vor. Und Mölzer und die FPÖ wetterten jetzt öffentlich vor dem Hintergrund des Sprachenstreits in Südtirol gegen „altfaschistische Reflexe" auf italienischer Seite. In der FPÖ-Pressemitteilung vom 22. April heißt es unter anderem: „Meinungsfreiheit der Südtiroler Schützen wird eingeschränkt, aber Denkmäler dürfen den Handlangern Mussolinis huldigen." Hier scheint dann der nächste Streit unter Nationalisten vorprogrammiert zu sein.

Bernhard Schmid

BLICK IN DIE ZEITGESCHICHTE

Mutige Helfer

Schweizer Bürger, die den vor den Nazis geflüchteten Juden Schutz gewährten, wurden mit Gefängnis bestraft.

Über die Rolle der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges gibt es eine ganze Reihe von Büchern. Die meisten versuchen, die wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenhänge zu klären. Industrie und Wirtschaft der Schweiz waren auf Deutschland als Abnehmer ihrer Produkte angewiesen. Auch ein anderer Gesichtspunkt geriet Ende des vergangenen Jahrhunderts in den Fokus. Wo sind die Vermögen geblieben, die vor allem deutsche und österreichische Juden dort deponiert hatten. Es zeigte sich, dass vor allem große Banken die Konten einige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges schlicht aufgelöst und sich die Vermögen einverleibt hatten. Besitzer oder deren Erben seien nicht zu ermitteln gewesen, hieß es bei Beginn der Suche. Nach und nach kam dann heraus, dass es sich um riesige Vermögen gehandelt hatte.

Über diese wirtschaftlichen Themen blieb ein anderes ebenso wenig ruhmreiches Kapitel unbeachtet: Die Bestrafung der Fluchthelfer, jener Schweizer Bürger, die angesichts der Lebensgefahr, in der sich durch das NS-Regime nach und nach alle deutschen Juden befanden, diesen Menschen die Einreise in die Schweiz möglich gemacht hatten.

Das beginnt sich nun endlich zu ändern. Der Anstoß dazu kam von zwei Studenten der Universität Basel. Die Stadt war bevorzugtes Ziel vor allem jüdischer Flüchtlinge aus Nazideutschland. Die Reise dorthin war kurz, Sprachprobleme gab es nicht, gute Nachbarschaft verhieß unbürokratische Hilfe, zumal die jüdische Gemeinschaft der Stadt sich immer als sicherer und hilfsbereiter Hort erwiesen hatte. Doch in Europa war seit der Machtübergabe an die Nazis vieles anders geworden. Die deutschen Juden ahnten, was ihnen in Deutschland bevorstand. Das galt auch für den Schweizer Bundesrat. Dennoch beschloss die Regierung in Basel, die Flüchtlinge in drei Gruppen zu unterteilen. Erstens politische Flüchtlinge, denen Asyl gewährt werden musste. Zweitens Immigranten, die das Land garantiert nur als Transit brauchten, um in ein anderes Land weiterzureisen und drittens Flüchtlinge mit unklaren Motiven, die unter Bewachung durch die einheimische Polizei gestellt und gedrängt wurden, die Schweiz so schnell wie möglich wieder zu verlassen.

300 000 Ausländer hatten seit 1933 bald die Grenzen in die Schweiz passiert, 30 000 waren Juden. 1938, nach dem „Anschluss" kamen noch viele tausend Juden aus Österreich hinzu, von 1940 an mit der Besetzung fast ganz Westeuropas auch noch Franzosen, Belgier, Niederländer, Luxemburger. In der Bevölkerung wuchs die Befürchtung, „überfremdet" zu werden. Auf der Suche nach einer Möglichkeit, „unliebsame", also jüdische Flüchtlinge leichter erkennen können, schlug der Chef der Schweizer Polizei, Heinrich Rothmund, vor, die Juden unter den Flüchtlingen besonders zu kennzeichnen – nicht mit dem gelben Stern, sondern mit einem großen „J" in ihren Pässen. Diese Diskriminierung stammte also nicht von den Behörden des „Dritten Reiches", sondern von einem hohen Schweizer Beamten. Deutsche Behörden griffen den Vorschlag freudig auf und verfuhren seit Oktober 1938 genauso. Im Laufe der Jahre wurde es für Flüchtlinge immer schwieriger, die Schweizer Grenze zu passieren.

Trotz der riesigen Hürden für jüdische Flüchtlinge gab es in der Bevölkerung auch Frauen und Männer, die sich nicht um die Vorschriften scherten und den um ihr Leben fürchtenden Menschen halfen. Berühmt ist der Polizeikommandant von St. Gallen, Paul Grüninger. Er ließ 1938/39 zahlreiche österreichische Juden passieren und hat vermutlich vielen tausend Menschen das Leben gerettet. Dennoch oder besser: genau deshalb wurde Grüninger 1939 unehrenhaft aus dem Polizeidienst entlassen und musste bis zu seinem Tod 1972 ein äußerst ärmliches Leben fristen. Seine Rehabilitierung in den 90er Jahren hat er also nicht mehr erlebt.

Das versuchen jetzt die beiden Studenten Mario Seger und Rafael Scherrer bei anderen Flüchtlingshelfern zu ändern. Sie haben in Urteilen der Baseler Justiz gestöbert und entdeckten Namen und Daten von Frauen und Männern, die damals gegen Gesetze verstoßen haben, um Menschen zu helfen. Dafür wurden sie zu Geld- oder Freiheitsstrafen verurteilt. Nun beschäftigen sich Baseler Behörden mit den Fällen und dem Ziel, diese Menschen zu rehabilitieren. Die ersten Schritte sind getan. Die Schweiz beginnt endlich, sich ihrer Geschichte zu stellen.

Heiner Lichtenstein

Integrierte Strategien

Die Friedrich-Ebert-Stiftung diskutiert über Möglichkeiten, die Aktivitäten gegen Rechtsextremismus besser miteinander zu verzahnen.

Ob zivilgesellschaftliches Aktionsbündnis, Opferhilfe oder Präventionskurse der Polizei – längst gibt es vielfältige Organisationsformen und Konzepte in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Deutschland. In wieweit Bund, Länder und Kommunen aber bereits „Auf dem Weg zu integrierten Strategien" sind, sollte eine Diskussionsveranstaltung in der Friedrich-Ebert-Stiftung klären, die Ende April in Berlin stattfand.

Viele gute Einzelmaßnahmen gebe es in Nordrhein-Westfalen, zum Teil durchaus erfolgreich, befand Karsten Rudolph, der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag. „Doch eine abgestimmte politische Strategie der Demokraten gegen rechts existiert bisher nicht." Voraussetzung dafür wäre es, dass die demokratischen Akteure in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gleiche Ziele verfolgten. Das sei in NRW nicht der Fall.

In der Mehrzahl der östlichen Bundesländer ist seit Inkrafttreten des Bundesprogramms „Kompetent für Demokratie" viel passiert, um die vorhandenen Strukturen neu zu ordnen oder auszuweiten. So haben etwa Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen Landeskonzepte zum Umgang mit rechts vorgelegt. Lorenz Korgel, Koordinator des Berliner Beratungsnetzwerks beim Integrationsbeauftragten des Senats, präsentierte in der Ebert-Stiftung knapp die Entwicklung bis zur Verabschiedung der seit 2008 geltenden Landeskonzeption gegen rechts.

„Wir benötigen integrierte Strategien, da der Rechtsextremismus ein gesamtgesellschaftliches Problem ist, das nicht mit Einzelmaßnahmen gelöst werden kann." In Berlin soll die Landeskonzeption möglichst viele Organisationen und Ideen in die Arbeit gegen rechts einbeziehen und vernetzen. So ist neben dem von Lorenz Korgel koordinierten Berliner Beratungsnetzwerk als Gremium von zirka 30 Experten auch der Berliner Ratschlag für Demokratie etabliert worden, dem unter anderem Gewerkschaften, Unternehmen, Fußball-Bundesligist Hertha BSC und viele weitere gesellschaftlich relevante Organisationen und Einzelpersonen angehören. Es zeige sich in der bisherigen Arbeit, so Korgel, dass die Landeskonzeption sich zu einem Steuerungsinstrument entwickeln könne, dass sie die Zielorientierung fördern und den fachlichen Austausch unterstützen sollten. Allerdings sei sie kein Ersatz für eine zivilgesellschaftliche Vernetzung und könne auch nicht allein die Probleme etwa von Schulen im Umgang mit Rechtsextremismus lösen.

Die Bedeutung eng abgestimmter Konzepte sowie des Zusammenwirkens verschiedener Akteure in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus unterstrich auch der Innenminister von Sachsen-Anhalt, Holger Hövelmann (SPD): „Der Staat kann diese Aufgabe nicht der Zivilgesellschaft aufs Auge drücken. Doch umgekehrt können die Bürger nicht erwarten, dass der Staat allein diese komplexen Probleme löst." Ohne eine enge Verzahnung gehe es nicht. Sachsen-Anhalt habe 2005 mit der Einrichtung des Netzwerks Demokratie und Toleranz ebenso ein klares Signal gegeben wie mit dem Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus, das 2006 aufgelegt worden ist. „Wir setzen auf vielen Ebenen an – es geht dabei um den Jugendschutz ebenso wie um die Kriminalprävention und um konkrete Projekte." Nicht zuletzt sei auch die Ende 2006 gestartete Kampagne „Hingucken und Einmischen" geeignet, für das Problem zu sensibilisieren; so umfasse sie Fortbildungsangebote für Lehrer, Fachtagungen, Workshops für Jugendliche und die Vernetzung zivilgesellschaftlicher Kräfte.

Während die praktischen Beispiele belegten, dass es Ansätze für eine integrierte Strategie gibt, versuchte Ludger Klein vom Frankfurter Institut für Sozialarbeit allgemeingültige Kriterien zu entwickeln. Dem Bund käme die Rolle zu, einen Rahmen zu setzen, den die Bundesländer und die Kommunen auszufüllen hätten. „Selbstverständlich unterscheiden sich staatliche und zivilgesellschaftliche Ansätze. Doch in der gemeinsamen Arbeit gegen rechts müssen sie sinnvoll zusammengebracht werden." Dabei gehe es nicht um eine „blindwütige Vernetzung", sondern um eine Kooperation, die den konkreten Problemen gerecht werde. Die bisherige Umsetzung des Programms „Kompetent für Demokratie" sowie die Aktivitäten in den Ländern und Kommunen sei in diesem Sinne erfolgreich.

Gudrun Giese

Rotation in der NPD-Spitze

Berlin – Der Anfang April auf einem Parteitag in Berlin neu gewählte Bundesvorstand hat zwischenzeitlich ein Präsidium bestimmt und die Ämterverteilung festgelegt. Dem frauenlosen Parteipräsidium gehören neben dem seit 1996 amtierenden Bundeschef Udo Voigt die neuen Stellvertreter und Bundesvorstandsmitglieder an. NPD-Bundesvize Karl Richter löst Holger Apfel als Chefredakteur des Parteiorgans „Deutsche Stimme" ab. Der Bundesvize Frank Schwerdt leitet weiterhin das Amt Recht. Jürgen Rieger, der das Trio der stellvertretenden NPD-Vorsitzenden komplettiert, scheint keinen Posten zu übernehmen. Zeitweilig hatte er im letzten Vorstand das Amt Ausland geführt, wurde dann aber von Olaf Rose abgelöst. Eckart Bräuniger übernimmt von Peter Marx die Funktion des Generalsekretärs. Jens Pühse bleibt Organisationsleiter. Pressesprecher Klaus Beier führt zugleich die Bundesgeschäfte, sein Amtsvorgänger war Bräuniger. Uwe Meenen bekommt das Amt Politik, das bislang Jürgen Gansel führte. Andreas Thierry kümmert sich um die Bildung, die vorher Andreas Molaus Ressort war. (am)

Wahlkampf nur für Deutsche

Krefeld/Bochum – Der NPD-Landesverband NRW geht mit einem fremdenfeindlichen und völkisch-nationalen „Rahmenkommunalwahlprogramm 2009" in den Kommunalwahlkampf. Landesvorstandsmitglieder und Kommunalpolitiker haben laut NPD am 18. und 19. April in Krefeld bei einer „Klausurtagung" besagtes Papier für die Kommunalwahlen im Herbst 2009 erarbeitet. Schon im Bereich Sozial- und Arbeitsmarktpolitik wird deutlich, das positiv gemeinte Vorschläge fast ausschließlich „Deutschen", dem „Volk", „deutschen Arbeitnehmer[n]" oder schlicht „einkommensschwache[n] Landsleute[n]" zugute kommen sollen. Weiter verbreitet die NPD, Migranten hätten keine Geburten-, sondern eine hohe „Vermehrungsrate". Bei „der Zumessung der Gewerbesteuer" müsse laut dem Papier künftig „der Anteil der deutschen Arbeitnehmer an der Belegschaft eines Unternehmens […] berücksichtigt werden." Öffentliche „Verwaltungen und Kommunalbetriebe" hätten „ausschließlich Deutsche einzustellen," während günstiger Wohnraum nur „kinderreichen deutschen Familie[n]" zugute kommen solle. Maßnahmen zur Förderung der Jugend sollen laut NPD besonders „die Liebe der Jugendlichen zu Volk, Heimat und Natur wecken und fördern" sowie der „Brauchtumspflege" dienen. Auch solle es „getrennte Schulklassen für deutsche und ausländische Kinder" geben. Die Partei spricht sich gegen das „Ausländerwahlrecht" aus („Wir wollen Herr im eigenen Haus bleiben."), will alle Fördermittel für Integrationsprojekte streichen, alle „Ausländerbeiräte in den Kommunen" abschaffen und „Moscheebauten" verhindern („Wer baut will bleiben!"). Indes solle in „jeder Kommune […] die Stelle eines Ausländerrückführungsbeauftragen [ge]schaffen [werden], der bei Ausreiseformalitäten behilflich ist." (mik)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de